

AUSGABE 4 | 2024

STÄDTETAG AKTUELL

Inhalt

SCHWERPUNKT EUROPA

Die EU braucht die transformative Kraft der Städte

Nach der Europawahl: Drei Fragen zur Beteiligung der Städte in der EU

Der Europäische Green Deal gelingt nur mit Städten und Gemeinden

Wie arbeitet der Deutsche Städtetag auf EU-Ebene?

AUS DEN STÄDTEN

Gera: Denkmalschutzprojekt bekommt europäischen Kulturerbepreis

Mannheim: Auszeichnung mit EU-Label für klimaneutrale Städte

Frankfurt a.M.: EU-Förderprogramm Interreg fördert Radschnellverbindung

AUS DEM STÄDTETAG

Investitionen in den Nahverkehr

UNO: Forum of Mayors 2024 in Genf

Starke Stelle gestartet





Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.



Editorial

© Frank Nürnberger



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Anschlag auf das Solinger Stadtfest Ende August hat uns erschüttert. Trauer, Wut, Entsetzen waren und sind prägend im ganzen Land und vor allem vor Ort. Solingen wird wieder Feste feiern, der Weg dorthin aber wird Kraft kosten. Der Anschlag hat zugleich eine neue Dynamik in die politische Debatte gebracht – auch bei uns in den Städten. Es ist gut, wenn allerorten und auf allen politischen Ebenen nach gemeinsamen Lösungen gesucht wird. Mit Klarheit in der Analyse, aber gerne auch mit einer guten Prise Nachdenklichkeit. Wir haben vor den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen nämlich auch erlebt, dass Debatten vermischt werden, die eigentlich getrennt sein sollten. Migration, Zuwanderung, Asyl und Geflüchtete: Nicht selten werden diese Begriffe inzwischen synonym verwendet. Das erschwert die Debatte und die politische Kommunikation. Es geht um unterschiedliche Herausforderungen, für die es unterschiedliche politische Ansätze braucht. Die Städte wissen das. Ihre Kraft ist der Pragmatismus. Sie wissen sehr genau, was vor Ort gebraucht wird, was geht und was nicht geht.

Stellen wir die Themen doch mal nebeneinander. Erstens: Menschen suchen Schutz vor Krieg und Katastrophen – die Städte stehen fest zu ihrer humanitären Ver-

antwortung und helfen ihnen. Zweitens: Andere Menschen kommen zu uns, ohne dass sie in unserem Sinne schutzbedürftig sind – hier kommen die Grenzen der kommunalen Integrationsfähigkeit in den Blick. Wir wissen, dass irreguläre Migration begrenzt werden muss. Blicken wir drittens auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. An jeder Ecke fehlen Fachkräfte. Deshalb sind auch die Städte auf Zuwanderung angewiesen – wir wollen Menschen aus anderen Ländern dafür gewinnen, unsere Gesellschaft mit ihrer Fachkraft zu unterstützen. Und viertens sind wir überhaupt nicht bereit, uns an Gewalt und Terror zu gewöhnen. Die Städte in Deutschland wollen einen besseren Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Auch hier braucht es Klarheit: Die absolute Mehrzahl der Menschen, die als Zugewanderte, als Geflüchtete zu uns gekommen sind, sind gut integriert und rechtstreu. Sie leisten ihren Beitrag dafür, dass unser Land funktioniert.

All diese Aussagen und Forderungen widersprechen sich nicht. Sie alle haben in einem demokratischen Diskurs über Migration, Zuwanderung und Asyl ihre Berechtigung. Sie müssen in der politischen Diskussion nebeneinander existieren können. Wenn das gelingt, können wir in den kommenden Monaten wieder weg vom Schwarz-Weiß gelangen und hin zu einer differenzierteren Debatte – in Deutschland und in Europa.

Unsere Zuversicht und unser Vertrauen in die Kraft der Demokratie dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Lassen Sie uns gemeinsam nachdenken und die Debatte mitgestalten.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Die EU braucht die transformative Kraft der Städte

Von Burkhard Jung

Bei der Europawahl 2024 haben sich die politischen Kräfte in Europa und in Deutschland nach rechts verschoben. Diese Entwicklung wurde auch in den Städten sichtbar. Natürlich hat dieses Wahlergebnis die Zusammensetzung des europäischen Parlaments verändert. Aber wichtig ist zunächst: Die demokratische Mehrheit im europäischen Parlament hat klar standgehalten.

Rechtsradikale und rechtsnationale Parteien haben zwar an Stimmen gewonnen, sie haben aber nicht die Mehrheit im europäischen Parlament erobert. Diese ist weiterhin von den vier Parteifamilien der Mitte geprägt: der bürgerlich-konservativen Volkspartei (EVP), den Sozialdemokraten (S&D), den Liberalen (Renew) und den Grünen (Greens). Das ist für die Zusammenarbeit der Städte mit dem Europäischen Parlament wichtig.

Um diese Zusammenarbeit weiter auszubauen, ist Fachwissen und Erfahrung der Städte sehr gefragt. Wir müssen mehr tun, als nur von anderen getroffene Entscheidungen umzusetzen. Wir müssen integraler Bestandteil der strategischen Entscheidungsprozesse sein, die Städte betreffen und sicherstellen, dass europäische Politik die städtischen Realitäten umfassend berücksichtigt. Um Gehör zu finden, sollten nicht nur die deutschen Städte, sondern alle europäischen Großstädte möglichst mit einer Stimme sprechen.

Innerhalb des europäischen Städteternetzes Eurocities haben wir im Vorfeld der Europawahlen deshalb ein gemeinsames Manifest formuliert. Darin fordern wir eine Europäische Union, die bürgernah agiert, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, und demokratische Werte verteidigt und – vor allem – die transformative Kraft ihrer Städte für das europäische Gemeinwohl nutzt. Fünf zentrale Aktionsbereiche stehen dabei ganz oben auf der Agenda:

1. eine soziale Agenda, die den Menschen zugutekommt,
2. ein starkes Engagement für einen ambitionierten Green Deal,
3. eine rechtbasierte, inklusive und klimagerechte digitale Agenda,
4. ein auf kommunaler Ebene handlungsfähiges Europa,
5. eine europäische Strategie für Städte.

TITELFOTO

Europafest in Frankfurt (Oder) und Słubice

20 Jahre EU-Osterweiterung feierten am 1. Mai dieses Jahres tausende Bewohnerinnen und Besucher beim Frankfurt-Słubicer Europafest. In und um das Collegium Polonicum auf der polnischen Seite der Oderbrücke wurde unter dem Motto „Europa ist hier!“ Kulinarisches und Kulturelles aus der Grenzregion und darüber hinaus geboten, etwa eine Fotoausstellung, ein Europamarkt, Live-Musik und ein kostenfreies Konzert des Brandenburgischen Staatsorchesters. Mit einem gemeinsamen Rundgang des Außenministers der Republik Polen Radosław Sikorski und seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock war außerdem hochkarätiger Besuch vertreten, um den friedlichen Austausch und das Miteinander in Europa an dieser historischen Stelle zu würdigen.

➔ www.frankfurt-oder.de

© Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)



OB Burkhard Jung und Bürgermeister Dario Nardella (Florenz) auf der Jahreskonferenz EUROCITIES 2023 in Cluj-Napoca (© Dani Oshi)

Während der letzten politischen Amtszeit haben wir ein beispielloses Engagement zwischen den Verantwortlichen der EU und der Städte erlebt. Dazu gehören erste Treffen mit einem Präsidenten der Europäischen Kommission, eine gemeinsame Initiative mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zu den Hilfsmaßnahmen für die Ukraine und Treffen mit Premierministerinnen und Ministern der nationalen Regierungen, die den EU-Ratsvorsitz innehaben. Dieses Engagement gilt es in der kommenden Legislaturperiode zu festigen und weiterzuentwickeln.

Um die Zusammenarbeit auch in Zukunft zu stärken, hat Eurocities ein Schattenkabinett aus Oberbürgermeistern europäischer Großstädte gebildet, die entscheidende Prioritäten der Städte auf europäischer Ebene vertreten. Während Schattengremien traditionell eine politische Alternative zum formellen Kabinett darstellen, haben die lokalen Entscheidungsträger hier nicht die Absicht, oppositionell zu sein. Im Gegenteil – Ziel dieser europäischen Oberbürgermeisterinnen ist es, als Ansprechpartner für die neue Kommission zur Verfügung zu stehen, um die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene hervorzuheben.

In Zukunft müssen wir uns vor allem einer Herausforderung stellen, die für unsere Städte und den künftigen Wohlstand Europas von immenser Bedeutung ist: dem Schutz und der Stärkung unserer demokratischen Werte. Die Menschen in unseren Städten haben täglich damit zu kämpfen, bezahlbaren Wohnraum zu finden, angemessene Arbeitsplätze zu sichern und gesunde Lebensmittel auf den Tisch zu bringen. Die Klimakrise und der andauernde Krieg in der Ukraine haben das Gefühl der Instabilität noch verstärkt und ein Umfeld geschaffen, das durch Fehlinformationen und Unsicherheit zur Polarisierung beiträgt. Vielerorts haben extremistische Stimmen an Boden gewonnen, die vermeintliche Lösungen anbieten. Komplexe Probleme lassen sich aber nicht im Alleingang lösen. Als städtische Entscheidungsträger müssen wir deshalb unsere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union intensivieren.

© Michael Bader



Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Präsident des europäischen Städtenetzwerkes Eurocities

Nach der Europawahl: Drei Fragen zur Beteiligung der Städte in der EU

Interview mit Oberbürgermeister Uwe Conradt



Oberbürgermeister Uwe Conradt im Ausschuss der Regionen am 15. März 2023 bei der 154. Plenarsitzung. (© European Union, John Thys)

Nach den Europawahlen hat sich das politische Spektrum stärker hin zu den politischen Rändern verschoben. Es erscheint breiter und differenzierter, aber auch fragiler. Anlass für Städtetag aktuell zu den Auswirkungen bei Oberbürgermeister Uwe Conradt aus Saarbrücken nachzufragen. Er ist Delegierter des Deutschen Städtetages im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) und stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss und im Präsidium des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion.

Städtetag aktuell: Demokratische Politik lebt von einem möglichst breiten politischen Konsens. Diese Maßgabe wird immer komplizierter – gerade im neuen EU-Parlament. Was bedeutet das für Städte und Stadtspitzen? Wie sollen wir mit dem neuen Parlament umgehen?

Oberbürgermeister Uwe Conradt: Das Parlament ist Ausdruck der Stimmung, die in den europäischen Ländern herrscht und damit ein Warnschuss nicht nur für europäische Akteure, Strukturen und vorherrschende Denkweisen in Brüssel,

sondern für die Demokratie in Europa. Die Wählerinnen und Wähler sind der Souverän, daher gilt es, deren Willen zu respektieren. Der Wille war mehrheitlich, dass Europa demokratisch bleibt, das ist eine gute Nachricht. Es zeigt sich aber, dass immer mehr Menschen sich von der Politik von EU-Kommission und EU-Parlament abwenden. Dies überrascht Bürgermeister wahrscheinlich deutlich weniger, als viele, die in der Brüsseler EU-Community beheimatet sind. Ich denke, dass das Wahlergebnis auch eine Chance ist, die genutzt werden sollte: Wir brauchen weniger neue und insgesamt weniger Regeln, eine Chance für Bürokratieabbau, schlanke Strukturen, mehr Freiheit, mehr gelebte Subsidiarität und damit endlich wieder Raum für mehr Leidenschaft, große Themen gemeinsam anzugehen.

Städtetag aktuell: Die große Mehrzahl der EU-Entscheidungen haben direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Kommunen in Deutschland. Wie sind die Städte an Entscheidungsfindungen der EU beteiligt? Was muss noch besser werden? Zum Beispiel fordern unsere Mitgliedsstädte ja einen Beauftragten für städtische Angelegen-

heiten und einen jährlichen Städtetipfel mit der EU-Kommission.

Conradt: Europa hat sehr viel Einfluss auf unser Alltagsleben und auch auf die kommunale Selbstverwaltung. Die kommunale Ebene ist es leider mittlerweile gewohnt, dass ihre Rolle für die Daseinsvorsorge und ihr Recht auf Selbstverwaltung zu wenig respektiert wird. Sie wird auf die Ebene reduziert, die Recht ausführt und der bestenfalls vorab Gehör geschenkt wird. Der Ausschuss der Regionen nimmt zwar Stellung zu Initiativen, Richtlinien und Verordnungen der EU-Kommission, allerdings gibt es auch hier keine echte Folgenabschätzung, was genau auf die Kommunen zukommt. Interessen der verschiedenen politischen Strömungen können auch hier immer wieder in den Vordergrund treten und zudem ist die kommunale Ebene Deutschlands mit drei von 24 Vertretern zum Beispiel maximal unterrepräsentiert. Das Brüsseler Büro unseres Deutschen Städtetages und unsere Geschäftsstelle leisten eine sehr gute Arbeit. Es gelingt uns auch immer wieder, wichtige Akzente zu setzen und Änderungen für die Städte in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, allerdings fühlt es sich oft an wie Schadensbegrenzung.

Es braucht einen europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozess mit einer territorialen Folgenabschätzung, um zu überprüfen, wie sich Gesetze auf kommunaler Ebene auswirken.

Städtetag aktuell: Wie organisieren sich die Städte, ihre Interessen auf EU-Ebene einzubringen? Und ginge da noch mehr (AdR-Arbeit; Zusammenarbeit in den Grenzregionen; Städtepartnerschaften etc.)?

Conradt: Neben der Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag ist für Städte sicherlich auch interessant, Teil eines Eurodistrikts zu sein, wie es Saarbrücken beispielsweise im Eurodistrikt SaarMoselle ist. Die Eurodistrikte stehen im Austausch mit der EU-Kommission bzw. werden hinsichtlich Integrationshemmnissen durchaus strukturiert von Brüssel befragt. Eine andere Möglichkeit sind Städtenetzwerke, davon gibt es solche, die sich nach Themen richten, beispielsweise

zu ökologischen Herausforderungen, wie auch Netzwerke mit konkreter Zusammenarbeit. Ein Beispiel hierfür ist das Städtenetz QuattroPole, in dem sich Saarbrücken mit Trier, Luxemburg und Metz zusammengeschlossen hat. Auch hier stehen wir immer wieder im Austausch mit EU-Vertretern und Europapolitikern.

Von unseren Erfahrungen und vor allem von pragmatischen Lösungen könnte auch die Politik auf europäischer Ebene profitieren. Denn gemeinsame Herausforderungen gibt es auch europaweit. Besonders interessant dabei sind Grenzstädte, die konkrete Problemlagen thematisieren können. Im AdR gibt es eine „Cross-Border Intergroup“, in der grenzüberschreitende Themen behandelt werden, aber für diese, wie für die anderen Initiativen gilt der Appell an die europäischen Politiker und Institutionen: Hört den Bürgermeistern und Städten zu.



„Europawahl 2024: Europas Zukunft Richtung geben“ benennt wichtige Forderungen der Städte an das EU-Parlament und die EU-Kommission:

➔ www.staedtetag.de/042403

Online-Spezial: EU-Fördermöglichkeiten für Kommunen

➔ www.staedtetag.de/042406

Der Europäische Green Deal gelingt nur mit Städten und Gemeinden

Von Wolfram Leibe

Im vergangenen Juni war es wieder soweit: Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union waren zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag bei 51 Prozent und damit auf dem höchsten Wert seit mehr als 20 Jahren.

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben, gemeinsam mit den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, neue Gesetze zu gestalten und zu beschließen. Die Mitglieder des EU-Parlaments spielen auch eine wichtige Rolle bei der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Europäischen Kommission. Die Abgeordneten wählten mehrheitlich Ursula von der Leyen, die im Juli ihr zweites Mandat als Kommissionspräsidentin antrat. Die Ergebnisse dieser Wahlen in Brüssel, zum EU-Parlament wie auch zur Kommission, entfalten schneller und konkreter Wirkung auf der kommunalen Ebene als viele annehmen.

Die Kommissionspräsidentin ergriff umgehend die Initiative, um die Weiterführung und Weiterentwicklung des Europäischen Green Deals, ihrem Leuchtturm-

projekt des ersten Mandats, anzukündigen. Der Green Deal betrifft sämtliche Wirtschaftszweige, beispielsweise die Sektoren Verkehr, Energie, Landwirtschaft und auch Industrie. Ein weiterer, gewichtiger Baustein des europäischen Klimaschutzes ist der Bereich der Gebäude. Gemäß den Angaben der Europäischen Kommission ist der Gebäudebestand in Europa für 40 Prozent des Energieausstoßes und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Zu den entsprechenden Maßnahmen der Europäischen Union gehört unter anderem die EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie. Diese enthält das neue Regelwerk für die Mitgliedsstaaten zur Verringerung der Emissionen und des Energieverbrauchs von Gebäuden. Die Richtlinie wurde im April schon vom EU-Parlament beschlossen und muss von den Mitgliedsstaaten innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Von der Einführung einer Sanierungspflicht für jedes einzelne private Gebäude wurde, nachvollziehbarerweise, abgesehen.

Eine gewaltige Aufgabe

Die Aufgabe für die öffentliche Hand dagegen ist gewaltig: 16 Prozent der Nichtwohngebäude müssen bis 2030 energetisch saniert werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, bedarf es einer ganzheitlichen Betrachtung der Quartiere, nicht nur einzelner Gebäude. Der Rahmen der EU-Richtlinie lässt dies zu, der Bundesgesetzgeber sollte es im Rahmen der nationalen Umsetzung jedoch noch deutlicher herausarbeiten. Die Herausforderungen der Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien sind eng miteinander verwoben. Der Einsatz erneuerbarer Energieträger ist zumeist auf ganze Viertel ausgelegt. Einen solchen Ansatz verfolgen auch die derzeit laufenden Arbeiten zur Erstellung kommunaler Wärmepläne. In Trier

„16 Prozent der Nichtwohngebäude müssen bis 2030 energetisch saniert werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, bedarf es einer ganzheitlichen Betrachtung der Quartiere, nicht nur einzelner Gebäude.“



Vor einer Wärmedämmung von Gebäuden steht oftmals die Suche nach Wärmeverlusten etwa mit Thermografie-Aufnahmen (Foto: Colourbox)

werden wir den Wärmeplan im März 2025 vorlegen und damit ein Jahr früher als im Wärmeplanungsgesetz des Bundes verlangt.

Städte und Kommunen sind die Vorreiter

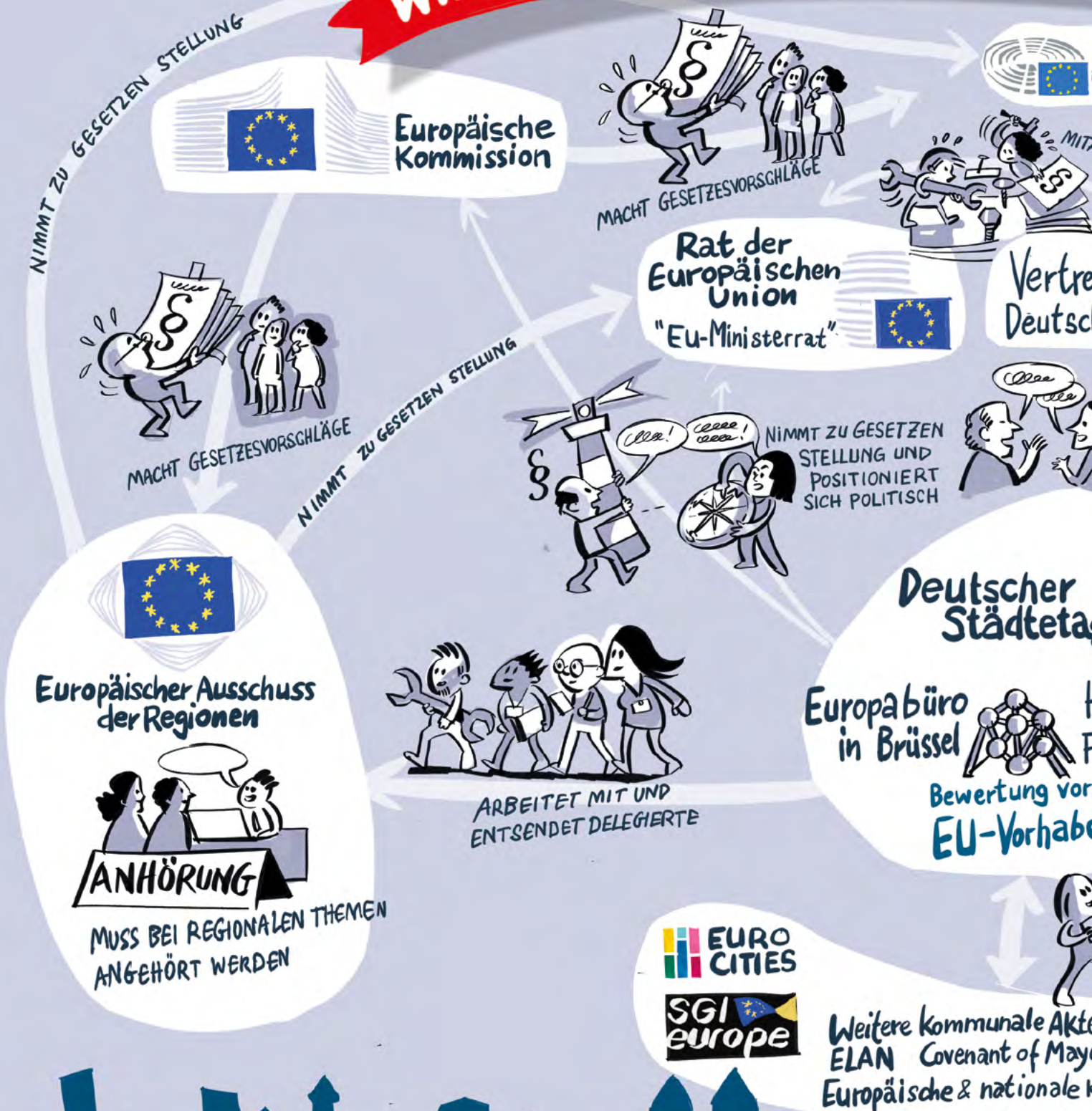
Parallel dazu nehmen wir die energetische Sanierung unserer öffentlichen Gebäude und Liegenschaften in Angriff. Wir haben kürzlich damit begonnen, unsere Gebäude mit funkbasierten elektronischen Thermostaten auszustatten, um den entsprechenden Energieverbrauch zu reduzieren. Wir werden sukzessive 46 kommunale Gebäude in puncto Energieeffizienz stärken. Mit den im nächsten Jahr vorliegenden Ergebnissen des kommunalen Wärmeplans und den öffentlichen Gebäuden als möglichen Ankerpunkten werden wir die Weichen für die nachhaltige

Wärmeversorgung in den Trierer Quartieren stellen. Meine Kolleginnen und Kollegen in allen Teilen der Bundesrepublik werden diese Themen ebenfalls vorantreiben. Diese Vorreiterrolle der Städte und Kommunen muss die Bundesregierung in Berlin bei der Umsetzung der EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie berücksichtigen. Nur so wird der Europäische Green Deal für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort als Erfolgsgeschichte sichtbar.



Wolfram Leibe
Oberbürgermeister der Stadt Trier,
Mitglied im Europäischen Ausschuss
der Regionen

WIE ARBEITET DER DEUTSCHE



GLOSSAR

Council of European Municipalities and Regions (CEMR), dt.: Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE): größter Interessenverband der europäischen Kommunen und Regionen. Die deutsche RGRE-Sektion und die drei deutschen kommunalen Spitzenverbände sind Mitglied. [↗ https://ccre-cemr.org](https://ccre-cemr.org)

Deutsche RGRE-Sektion: vertritt rund 800 deutsche europaengagierte Kommunen; ist in den CEMR-Führungsgremien und Arbeitsgruppen vertreten. Die drei kommunalen Spitzenverbände sind Mitglied. Die Geschäftsstelle ist beim Deutschen Städtetag in Köln angesiedelt. [↗ https://www.rgre.de](https://www.rgre.de)

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR): beratende Einrichtung der EU; vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Der Städtetag entsendet ein ordentliches und ein stellv. Mitglied in den AdR. [↗ https://cor.europa.eu/de](https://cor.europa.eu/de)

SGI Europe: Interessenverband für Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die drei deutschen kommunalen Spitzenverbände sind Mitglied. [↗ https://sgieurope.org](https://sgieurope.org)

Eurocities: Verband von mehr als 200 europäischen Großstädten [↗ https://eurocities.eu](https://eurocities.eu)

WIE STÄDTETAG AUF EU-EBENE?

Illustration: Björn von Schlippe

Europäisches Parlament

ARBEIT

Stadtung Bundesrepublik
Land bei EU

FÜHRT
DIALOG

Hauptgeschäftsstelle mit
Fachdezernaten & Gremien

en & Gesetzen

ZUSAMMENARBEIT

Europe:
ors ICLEI Europe
kommunale Spitzenverbände

Fachverbände wie
VKU, DSGV, GdW



Mitgliedsstädte
Städtetag



ABKÜRZUNGEN

ELAN: Netzwerk der Europabüros der nationalen Kommunalverbände in Brüssel

Konvent der Bürgermeister/innen | Europa: durch Teilnahme an der EU-Initiative verpflichten sich Kommunen freiwillig, die Klima- und Energieziele der EU umzusetzen. <https://eu-mayors.ec.europa.eu>

ICLEI Europe: Europäische Sektion des globalen Netzwerks von lokalen und regionalen Regierungen, die sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen. <https://iclei-europe.org>

DSGV: Deutscher Sparkassen- und Giroverband

GdW: Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

VKU: Verband kommunaler Unternehmen

© Beate Arndt



Gera: Denkmalschutzprojekt bekommt europäischen Kulturerbepreis

Als eines von zwei deutschen Projekten wurde die Restaurierung des Hauses Schulenburg in Gera mit dem Europäischen Kulturerbepreis 2024 ausgezeichnet. Der Preis würdigt jedes Jahr Projekte und Personen, die sich für die Erhaltung und Förderung des europäischen Kulturerbes starkmachen. Das Haus Schulenburg stand mehrere Jahre leer und war dem Verfall preisgegeben. Eine originalgetreue Sanierung, von den Innenräumen über Möbel bis hin zum Garten, führte das Gesamtkunstwerk zurück zu seiner ursprünglichen Form. Unter akribischer Berücksichtigung der ursprünglichen Materialien konnte so die historische Integrität des Hauses wiederhergestellt werden.

➤ haus-schulenburg-gera.de

Oldenburg: Sanierung und Umbau des Alten Stadthafens mit Unterstützung der EU

Mit Unterstützung der EU entstehen durch die Sanierung und den Umbau des Alten Stadthafen in Oldenburg neue Wohn- und Arbeitsplätze auf einer ehemaligen Brache. Das Projekt, direkt am Fluss Hunte gelegen, soll sich so zu einem attraktiven und modernen Quartier für Wohnen, Dienstleistung und Freizeit entwickeln. Über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind insgesamt 700.000 Euro in die weitgehend abgeschlossene Realisierung geflossen.

➤ www.oldenburg.de

© Stadtverwaltung Erfurt



Wiesbaden und Erfurt: Zerstörte Synagogen in digitales europäisches Kulturerbe aufgenommen

Die Große Synagoge Erfurt und die alte Synagoge am Michelsberg in Wiesbaden, beide zerstört während der Novemberpogrome 1938, sind jetzt digital über die Europeana-Plattform zugänglich. Sie gehören zu einer Sammlung 3D-digitalisierter Kulturgüter im Rahmen der Kampagne „Twin it! 3D für Europas Kultur“. Ziel dieser Initiative ist es, europäisches Kulturerbe durch digitale Technologien zu bewahren und zu fördern. Die Kampagne ermutigt alle EU-Mitgliedstaaten, Kulturgüter in 3D zu digitalisieren und innovative Anwendungen zu unterstützen.

➤ www.wiesbaden.de

➤ www.erfurt.de

Mannheim: Auszeichnung mit EU-Label für klimaneutrale Städte

Die Stadt Mannheim wurde von der Europäischen Kommission mit dem EU-Label für klimaneutrale und intelligente Städte ausgezeichnet. Diese Anerkennung wird Städten verliehen, die erfolgreich Klimastadt-Verträge entwickelt haben, in denen die Vision sowie konkrete Umsetzungsschritte für Klimaneutralität dargelegt werden. Zusammen mit neun anderen europäischen Städten gehört Mannheim damit zu den Vorreitern in Europa, die durch innovative Projekte und nachhaltige Strategien maßgeblich zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Förderung erneuerbarer Energien beitragen.

➔ www.mannheim.de



Frankfurt a.M.: EU-Förderprogramm Interreg fördert Radschnellverbindung

Das EU-Programm Interreg unterstützt im Rahmen des Projektes „CHIPS“ den Radschnellwegekorrridor Frankfurt-Gateway Gardens mit 350.000 Euro. Ziel des Projektes ist es, Radschnellwege als eine neue Kategorie der Raumplanung zu etablieren und eine gemeinsamen Planungsstrategie in Nordwesteuropa zu entwickeln. Als transnationales Projekt fördert „CHIPS“ den Austausch mit Vorreiterregionen aus Belgien oder den Niederlanden und schafft so wertvolle Lerneffekte zu Planungspraktiken und Verfahrensweisen.

➔ www.interreg.de
➔ www.frankfurt.de



© TMWDG - Wolfram Schubert

Eisenach: EU-Millionenförderung für Hochwasserschutz

Die Europäische Union fördert ein Hochwasserschutzprojekt im thüringischen Eisenach mit 20,3 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Das Projekt umfasst den Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen entlang des Flusses Hörsel sowie eine neue Brücke. Bereits seit 2015 unterstützt die EU Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region, um die Bewohner und die Infrastruktur zu schützen. In der vorherigen Förderperiode flossen so schon 16 Millionen Euro in verschiedene Maßnahmen rund um Eisenach.

➔ hws-eisenach.de



© HMWVW - Peter Bajler

UNO: Forum of Mayors 2024 in Genf

Am 30. September und 1. Oktober fand in Genf das zweitägige Forum of Mayors statt – Stadtoberhäupter aus der ganzen Welt trafen sich zu dieser Konferenz bei den Vereinten Nationen. Die deutschen Städte wurden von Prof. Dr. Eckart Würzner vertreten, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg und Erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Die internationalen Stadtspitzen diskutierten unter anderem, wie der Ende September beim UN-Zukunftsgipfel in New York beschlossene „Pact for the Future“ auch kommunal umgesetzt werden kann. Prof. Würzner begrüßte, dass im Zukunftspakt die wichtige Rolle der Städte anerkannt wird: „Was wir brauchen, ist eine strukturierte Beteiligung“ – wie beim Forum of Mayors. Nationale Regierungen sollten die Rolle der Städte stärker anerkennen, da brauche es ein Umdenken.



Investitionen in den Nahverkehr

Am 26. September kam das Präsidium des Deutschen Städtetages im bayerischen Straubing zusammen. Ein Thema: Der Ausbau des ÖPNV. „Der Bund muss jetzt Farbe bekennen und seinen Teil für einen echten Investitionsschub in den öffentlichen Nahverkehr leisten“, so Städtetags-Präsident Markus Lewe in Straubing. Konkret fordern die Städte von der Bundesregierung unter anderem, den im Koalitionsvertrag angekündigten Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV endlich aufzulegen. Außerdem müsse die Finanzierung des Deutschlandtickets endlich langfristig abgesichert werden.

Starke Stelle gestartet

Zum 1. August 2024 hat die neue bundesweite Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträger ihre Arbeit aufgenommen. Die „Starke Stelle“ richtet sich an Menschen, die in ihrem kommunalpolitischen Amt Hass, Hetze und Bedrohung ausgesetzt sind. Das Angebot schließt eine Lücke im bisherigem Beratungsangebot: Die Ansprechstelle vermittelt passende Hilfs- und Unterstützungsangebote auf Bundes- und Landesebene, informiert Betroffene und Angehörige und berät zu Fragen der Prävention. Betreut wird die Starke Stelle von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Die Online-Präsenz der Starke Stelle ist in das Portal „Stark im Amt“ eingebunden, das gemeinsam vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund betrieben wird. Betroffene können die Beratung vertraulich und auf Wunsch auch anonym in Anspruch nehmen.

➔ www.starkestelle.de

**starke
Stelle** Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

**Hotline**
0800 0 86 78 48**beratung@vortivmail.de****VORTIV:**

IHR NETZWERK-PARTNER

Starke Netzwerke für die kommunale Alkoholprävention

VORTIV **berät** und **unterstützt** Sie passgenau:

- beim Aufbau suchtpreventiver Netzwerkstrukturen
- bei der Optimierung bestehender Netzwerke
- bei der kontinuierlichen Netzwerkpflege

VORTIV **begleitet** Sie bei allen Prozessschritten:

- durch persönliche Beratung
- mit einer umfangreichen Serviceplattform für Netzwerkaufbau und -pflege
- durch digitale und modulare Fortbildungsmöglichkeiten
- mit expertengestützten Beratungsformaten

www.vortiv.de/netzwerkmanagement

Besuchen Sie uns unter **www.vortiv.de/netzwerkmanagement** und nutzen Sie die Angebote von VORTIV zur nachhaltigen Stärkung der Alkohol- und Suchtprävention in Ihrer Kommune.



Handlungsempfehlungen für Kommunen für eine funktionierende Versorgung pflegebedürftiger und älterer Menschen

Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind in unseren Städten bereits jetzt spürbar. Die Zahl der älteren Menschen in der Gesellschaft nimmt stetig zu und damit auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, Personal für die Pflege zu gewinnen oder auch nur zu halten. Das Positionspapier beschreibt die aktuellen Herausforderungen und daraus folgende Handlungsempfehlungen und Forderungen, etwa zur Förderung innovativer Pflegeangebote, der Entwicklung altengerechter Quartiere oder zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege.

➔ www.staedtetag.de/042402



Positionspapier zur Immobilien-, Bau- und Wohnungskrise in den Städten

Die Entwicklungen im Bau- und Immobiliensektor sind für viele Städte und Ballungsräume problematisch. Einer abnehmenden Zahl an durchgeführten Bauvorhaben stehen mehr als 800.000 genehmigte Wohneinheiten gegenüber. Diese könnten gebaut werden, werden aber nicht gebaut. Das weist zusätzlich zur Immobilien- und Wohnungskrise auch auf eine Krise im Bausektor hin. Mit welchen investiven und regulatorischen Maßnahmen und mit welcher Förderung kann aus Sicht der Städte der Immobilien-, Bau- und Wohnungskrise begegnet werden? Darauf versucht das Positionspapier Antworten zu geben.

➔ www.staedtetag.de/042401

Mobilitäts-Konferenz in Hamburg

Unter dem Motto „Rein in die Stadt, raus aufs Land – nachhaltig und vernetzt unterwegs“ geht es bei der Konferenz des Nationalen Kompetenznetzwerks Mobilität (NaKoMo) am 19. November um innovative, attraktive und nachhaltige Mobilitätslösungen für Regionen und effiziente Pendelverkehre zwischen Stadt und Umland. Geplant sind u.a. eine Paneldiskussion zur Rolle des ÖPNV für eine nachhaltige und vernetzte Mobilität, eine Keynote zu resilienten Verkehrs- und Stadtstrukturen sowie Videopräsentationen von kommunalen Mobilitätsprojekten. In vier Sessions sollen nachhaltige Pendlerumstiege, Rad- und Fußverkehr sowie Mobilitätsgestaltung in Metropolregionen diskutiert werden.

➔ www.nakomo.de



Nachhaltigkeit im kommunalen Garten- und Landschaftsbau

Online-Seminar
19. November 2024



Torffrei: Die Stadtgärtnerei Kempten bewirtschaftet u. a. 64 ha Parkanlagen, 2.700 m² Staudenflächen und 1.600 m² Wechselflorbeete. Bild: FNR/Horbelt

Kempten auf dem Weg zum Torfausstieg

Nachhaltigkeit im städtischen Garten- und Landschaftsbau

Im Rahmen der Klimaschutzziele 2030 plant die Bundesregierung den weitgehenden Torfausstieg für Deutschland. Hier können Erwerbsgartenbau, Privatgärtner, aber vor allem auch Kommunen einen großen Beitrag leisten. Die Stadtgärtnerei Kempten im Allgäu geht bereits seit über 10 Jahren mit gutem Beispiel voran. Alle Grünflächen, Sportanlagen und die über 30 Parks im Stadtgebiet wurden nach und nach auf eine torffreie Bewirtschaftung umgestellt.

Die kreisfreie Stadt mit rund 70.000 Einwohnern im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben zeigt, wie der Torfausstieg im städtischen Gartenbau erfolgreich umgesetzt werden kann. Kemptens Weg begann 2009 durch eine Initiative der Allgäuer Moorallianz. Die Umstellung auf torffreie Produktion war ein Prozess, der mehrere Jahre in Anspruch nahm, wobei zunächst kleine Mengen getestet wurden. Seit 2018 ist die Stadtgärtnerei komplett torffrei – ein Erfolg, der durch die Eigeninitiative der Mitarbeiter und die Unterstützung der Stadtverwaltung möglich wurde.

„Für uns ist der Torfausstieg ein nicht zu unterschätzender Beitrag für den Klimaschutz, weil Moore keine nachwachsenden Rohstoffe liefern. Es motiviert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn das eigene Engagement zum Erfolg geführt hat“, so Bürgermeister Thomas Kiechle.

Torfersatz durch regionale Erdenproduktion

Der Umstieg auf torffreies Gärtnern brachte einige Herausforderungen mit sich. Es mussten Substrate entwickelt werden, die in Qualität und Nährstoffversorgung dem Torf gleichkommen. Dies erforderte intensive Forschung und Anpassungen, insbesondere beim Wasserbedarf der Pflanzen.

Für die verschiedenen Anwendungsgebiete wurden Torfersatzprodukte entwickelt, die größtenteils aus regiona-

len Produkten hergestellt werden. Für das hauseigene Substrat zur Pflanzenaufzucht zum Beispiel werden heimischer Mutterboden, Grüngutkompost aus eigener Produktion, Mineraldünger, Keramikpulver und ein Mix aus Kokosfasern, Miscanthusgras und Reisspelzen in einem genau definierten Verhältnis zusammengemischt. Für die Zukunft plant die Stadtgärtnerei, schließlich auch die Kokosfasern durch ein regionales, nachwachsendes Produkt zu ersetzen. Auch in anderen Bereichen werden die Torfersatzstoffe durch stetige Versuche optimiert, so dass gleichwertige oder sogar bessere Ergebnisse als mit Torf erzielt werden können.

Weitere Informationen:

einkauf.fnr.de/torffreie-kommune-kempten

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Torffreies Gärtnern als Teil der Ausbildung. Foto: FNR/Horbelt

Neu im Amt

Deutscher Städtetag



© Landeshauptstadt Düsseldorf

Sportausschuss: Neuer Vorsitzende des Sportausschusses des Deutschen Städtetages ist **Burkhard Hintzsche**, Stadtdirektor für Schule und Bildung, Soziales und Jugend, Sport und Feuerwehr der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er ist bereits seit 2011 Ausschuss-Mitglied und folgt auf **Christian Geiger**, Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, der von 2019 bis 2024 den Ausschuss leitete. Christian Geiger setzte sich in dieser Zeit besonders für den Interessenausgleich zwischen Sportverbänden und den kommunalen Betreibern der Sportinfrastruktur ein. Darüber hinaus war es ihm ein besonderes Anliegen, den Austausch mit dem Bund, vor allem mit dem Sportausschuss des Deutschen Bundestages, zu intensivieren.



© Stadt Braunschweig



Eisenach: Neuer Oberbürgermeister von Eisenach ist **Christoph Ihling**. Der Christdemokrat trat sein Amt am 1. Juli an und folgt auf Katja Wolf (BSW, zuvor bis Februar 2024 Die Linke). Wolf war seit 2012 Oberbürgermeisterin von Eisenach und trat nicht mehr zur Wahl an. Wolf engagierte sich zudem als Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages für die Interessen des Verbandes. Sie war seit 2016 Mitglied im Präsidium und seit 2012 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Erfurt, Steve Bauerschnitt

Erfurt: **Andreas Horn** ist neuer Oberbürgermeister von Erfurt. Der Christdemokrat setzte sich gegen den langjährigen Amtsinhaber Andreas Bausewein (SPD) durch und trat sein Amt am 1. Juli an. Andreas Bausewein stand seit 2006 an der Spitze der Landeshauptstadt und engagierte sich seit 2006 auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Simon Blümcke

Friedrichshafen: Neuer Oberbürgermeister von Friedrichshafen wird **Simon Blümcke** (parteilos). Blümcke tritt sein Amt am 1. November an. Er folgt auf Andreas Brand (parteilos), der sein Amt vorzeitig zur Verfügung gestellt hat. Brand leitet die Geschicke der Stadt Friedrichshafen bereits seit 2009.



© Stadt Gera

Gera: Neuer Oberbürgermeister von Gera ist **Kurt Dannenberg**. Der Christdemokrat trat sein Amt am 1. Juli an und folgt auf Julian Vonarb (parteilos/Bündnis Gera), der das Amt seit 2018 inne hatte.



© Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

Deutscher Landkreis-tag: Der Landkreistag hat im September **Dr. Achim Brötzel**, seit 2005 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises in Baden-Württemberg, zum neuen Präsidenten des Verbandes gewählt. Er folgt auf Reinhard Sager (CDU), Landrat a.D. des Kreises Ostholstein, der seit 2014 dem Verband vorstand.



© Stadt Oldenburg

Niedersächsischer Städtetag: **Jürgen Krogmann**, Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, wurde im September zum Präsidenten des Niedersächsischen Städtetages gewählt. Er folgt auf Frank Klingebiel, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, der das Amt seit 2022 inne hatte und nun Vizepräsident des Verbandes ist. Krogmann leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Oldenburg und engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Wiederwahl



© Lutz Ebhardt

Gotha: Knut Kreuch, Oberbürgermeister der Stadt Gotha, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2006 an der Spitze der Stadt Gotha.



© Stadt Jena, Tobias Stepper

Jena: Oberbürgermeister **Dr. Thomas Nitzsche** (FDP), Stadt Jena, wurde ebenfalls wiedergewählt. Er leitet seit 2018 die Geschicke der Stadt Jena.

Geburtstage



© Stadt Hanau, Kai Pfaffenbach

Claus Kaminsky, Oberbürgermeister von Hanau, feiert am 7. November seinen 65. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2003 an der Spitze der Stadt Hanau.



© Roland Fränke, Presseamt, Stadt Karlsruhe

Oberbürgermeister **Dr. Frank Mentrup**, Stadt Karlsruhe, wird am 24. Oktober 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2013 die Geschicke der Stadt Karlsruhe und engagiert sich ebenfalls seit 2013 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Fotostudio Nursel Tepkesici

Der Oberbürgermeister von Neustadt bei Coburg, **Frank Rebhan**, begeht am 26. Oktober seinen 65. Ehrentag. Der Sozialdemokrat steht seit 1995 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2008 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Karoline Wolf

Steffen Scheller, Oberbürgermeister von Brandenburg an der Havel, feiert am 27. November seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat ist seit 2018 Oberbürgermeister in Brandenburg an der Havel und engagiert sich seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Marcel Drechsler – Mediendesign

Rolf Schmidt (FWG) ist seit 2015 Oberbürgermeister von Annaberg-Buchholz und begeht am 29. November seinen 65. Ehrentag. Er ist seit 2020 Vorsitzender des Ausschusses für mittlere Städte des Deutschen Städtetages.



© Stadt Oberhausen

Oberbürgermeister **Daniel Schranz**, Stadt Oberhausen, wird am 15. Oktober 50 Jahre alt. Der Christdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Oberhausen und ist seit 2020 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Ivo Peiffer

Der Bürgermeister von Düren, **Frank Peter Ullrich**, feiert am 9. Dezember seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2020 an der Stadtspitze von Düren.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Mitarbeit: Frithjof Paulsen, Anja Viohl

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de